

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Polizeipräsidenten Leipzig, der Amtshauptmannschaft Leipzig u. des Stadtrats zu Großsch. behördlich bestimmte Blatt

Verlagspreis mit illustrierter Beilage Volk und Zeit für einen Monat einschließlich Fringerlohn 2.— Mark, für Selbstabholer 1.00 Mark. — Durch die Post bezogen 2.— Mark ohne Bestellgeld. — Die Einzelnummer kostet 20 Pf. Telefon Sammelnummer 72208 — Postfachkonto Leipzig Nr. 53477	Redaktion: Leipzig, Tauscher Str. 19/21 Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig Telefon 72208. — Verlag in Leipzig, Tauscher Straße 19/21 — Telefon 72208	Inseratenpreise: Die 10 gepalt. Kolonellscheile 35 Pf., bei Platzvorkauf 40 Pf. Stellenangebote 10 gepalt. Kolonellscheile 25 Pf. Familiennachrichten von Verlobten die 10 gepalt. Kolonellscheile mit 50% Nachsch. Reklamescheile 2 M. Insetate v. ausw.: die 10 gepalt. Kolonellscheile 40 Pf. bei Platzvorkauf 50 Pf., Reklamescheile 2.25 M.
--	--	--

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementsbestellungen nehmen die Austräger, unsere Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen

Bedeutungsvoller Wahlsieg in Hamburg

Starke sozialistisch-kommunistische Mehrheit

SPD Hamburg, 10. Oktober (Radio).

Die am Sonntag stattgefundenen Wahlen zur Hamburger Bürgerschaft führten zu einem großen Erfolg der Sozialdemokratie, den selbst die rechtsstehende bürgerliche Presse bestätigen muß. Es erhielten Stimmen:

- Sozialdemokraten 247 087 (1924: 173 358)
- Kommunisten 110 115 (78 522)
- Volkspartei 72 127 (74 834)
- Demokraten 65 457 (70 622)
- Zentrum 9784 (8503)
- Deutschnationale 97 512 (90 626)
- Nationalsozialisten 9881 (13 495)
- Mittelstandspartei 27 104 (—)
- Aufwertungspartei 7723 (—)

Das Ergebnis zeigt einen verhältnismäßig starken Niedergang fast sämtlicher bürgerlicher Parteien, während die Sozialdemokratie trotz ihrer jahrelangen verantwortlichen Beteiligung an den Regierungsgeschäften des Hamburger Stadtkonvents ihre Stimmenzahl um rund 75 000 zu steigern vermochte. Auffallend ist auch an dem Hamburger Wahlergebnis der Rückgang der Demokraten. Sie scheinen überall das Opfer neuerstandener Mittelstands- oder Wirtschaftsgruppen zu werden. Dagegen haben die Kommunisten im Vergleich zum Jahre 1924 ihre Stimmenzahl ebenfalls verhältnismäßig stark gesteigert. Wäre es möglich, sie verantwortlich in die Hamburger Politik einzuführen, dann wäre der Erfolg der gestrigen Wahlen noch größer einzuschätzen, als er schon ist, denn sämtliche 289 500 bürgerlichen Stimmen sehen an sozialistisch-kommunistischen Stimmen 380 000 gegenüber. Es handelt sich hier um eine außerordentlich starke Mehrheit.

Die Sozialdemokratie erhält in der neuen Bürgerschaft statt bisher 53 Mandate 83 Sitze; die Demokraten hatten bisher 21 Mandate, sie müssen sich jetzt mit 16 zufrieden geben. Auch die Volkspartei hat fünf Mandate eingebüßt; sie zählt jetzt 18 statt bisher 23 Sitze. Die Deutschnationalen verlieren ebenfalls 4 Mandate. Von ihren 28 Sitzen bleiben ihnen 24. Die Kommunisten steigern ihre Mandatszahl von 24 auf 28. Zahlenmäßig hat die bisher in Hamburg regierende große Koalition trotz des Wahlerfolges der Sozialdemokratie infolge der Stimmenverluste der Demokraten und Volkspartei von den ihr bisher zur Verfügung stehenden 97 Sitzen 2 verloren.

Der Wahltag ist leider nicht ohne Zwischenfälle verlaufen. Die Kommunisten, deren ganzer Wahlkampf auf die

gemeinste Bekämpfung der Sozialdemokratie eingestuft war, gingen am Sonntag teilweise zu lässlichen Angriffen über. Wo sie sich in der Uebermacht glaubten, fielen sie über Propaganda-Autos und kleine Propagandatrupps her und rissen Fahnen und Plakate ab. Im Stadtteil Warmitz überfielen sie mehrere von einer Kundgebung heimkehrende Reichsbannerleute und stachen mit Messern auf sie ein. Dabei wurden drei Reichsbannerleute verletzt, und zwar einer so schwer, daß er sofort in ein Krankenhaus übergeführt werden mußte. An einer anderen Stelle der Stadt wurde ein Sozialdemokrat von Anarchisten blutig geschlagen.

Auch in Königsberg ein großer Erfolg

10 Königsberg, 10. Oktober.

Bei den gestrigen Wahlen zur Königsberger Stadtverordnetenversammlung wurden folgende Stimmen abgegeben: Aufwertungspartei: 1742 (—), Deutsche Volkspartei: 26 535 (23 892), Mieterliste: 1885 (24 505), Deutsche Demokratische Partei: 4368 (6850), Evangelischer Gemeinschaftsbund: 6208 (8255), Kommunistische Partei: 25 058 (23 708), Zentrum: 3810 (3673), Sozialdemokratische Partei: 26 852 (13 396), Deutschnationale Partei: 11 725 (16 919), Deutscher Rentnerbund: 1113 (—), Völkisch-Sozialer Freiheitsbund: 2442 (15 042), Reichspartei des Deutschen Mittelstandes: 3332 (—), Volksrechtspartei: 701 (—). — Von 196 007 Wahlberechtigten haben 115 757 Wähler ihre Stimme abgegeben. Die Wahlbeteiligung betrug demnach 58,8 Prozent. — Nach dem Ergebnis der gestrigen Wahlen ist die Mandatsverteilung im neuen Königsberger Stadtparlament folgende: Aufwertungspartei 1 (—), Deutsche Volkspartei 15 (12), Mieterliste 1 (0), Deutsche Demokratische Partei 2 (3), Evangelischer Gemeinschaftsbund 3 (3), Kommunistische Partei 15 (12), Zentrum 2 (1), Sozialdemokratische Partei 15 (6), Deutschnationale Volkspartei 7 (7), Deutscher Rentnerbund — (—), Völkisch-Sozialer Freiheitsbund 1 (7), Reichspartei des Deutschen Mittelstandes: 2 (—), Volksrechtspartei — (—).

Der Soj. Pressedienst bemerkt zu dem Ergebnis: Die Kommunisten haben in Folge der Eingemeindung ihren geringen Stimmenzuwachs und den Gewinn von drei Mandaten zu verzeichnen. Die Volkspartei gewann ebenfalls durch die Eingemeindung ihre 3 Sitze, während die Deutschnationalen nur mit Ach und Krach ihren Besitzstand halten konnten.

Außenpolitik und Demokratie

Wie Polen sich durch die Ausschaltung seines Parlaments schädigt

Warschau, Anfang Oktober.

m. Die polnische Außenpolitik hat seit längerer Zeit nur ein einziges überragendes politisches Ziel: die Gewinnung einer großen amerikanischen Anleihe. Ohne einen Handelsvertrag mit Deutschland hat Polen zwar manche wirtschaftliche Schwierigkeiten, die man aber mit der Zeit immer besser zu umgehen lernt und die heute sicherlich nicht mehr größer sind als die Schädigungen des deutschen Ostens durch den Zoller Krieg. Ohne eine Anleihe von 6 bis 700 Millionen Zloty aber (1 Zloty ist nicht ganz eine halbe Mark) glaubt kein polnischer Wirtschaftspolitiker, die günstige Inlandskonjunktur nach der neuen Ernte auf die Dauer so ausnützen zu können, daß durch neue Kapitalanlagen endlich im großen Maßstab eine systematische Ausnutzung der reichen polnischen Naturkräfte in Angriff genommen werden kann. In den letzten Jahren ist mit einem großen Teil dieser Naturkräfte, z. B. mit den Wäldern und ebenso auch mit der billigen polnischen Arbeitskraft noch vielfach frühkapitalistische Raubwirtschaft betrieben worden. Die Heranziehung großer Auslandskapitalien soll dazu helfen, über einen solchen Zustand im ganzen hinauszukommen, durch endgültige Stabilisierung der Währung das staatliche Bankwesen freizumachen für die Kreditierung und Organisation moderner, mit der ganzen Welt konkurrenzfähiger kapitalistischer Produktionsweise.

Hinter dieser Aufgabe treten alle anderen außenpolitischen Ziele zurück und ihr ordnen sie sich unter. Polen kann sich das leisten, da es ja durch den Pariser Friedensschluß von 1919 und den Rigaer Frieden mit Rußland von 1920 seine Grenzen weiträumig genug gesteckt bekam. Auch Pilsudski, dessen Leitidee aus der Jarezzeit her die Zerschlagung Groß-Rußlands und die Sammlung der „befreiten“ kleineren Slawenvölker unter polnischer Führung war, findet einen Angriffskrieg, der die Ertrugenschaften des Rigaer Friedens ja nicht nur vermehren, sondern eventuell auch vermindern könnte, nicht mehr lohnend. Sein Wunsch nach einem Nichtangriffspakt mit dem großen russischen Nachbarn, der ja heute nicht mehr wie 1920 vom inneren Bürgerkrieg abgelenkt wird, ist ernst gemeint. Auch gegenüber dem westlichen Nachbarn Deutschland bleibt höchstes Ziel die „ewige“ Sicherung des Erreichten. Die abenteuerlichen Pläne zur Gewinnung der Oberlinie und Ostpreußens, die noch 1919 in „führenden“ polnischen Köpfen spukten, sind nicht mehr aktuell; diese Köpfe führen nicht mehr. Höchstens noch in Abwehrartikeln gegen deutschnationale Ostlandritte leistet sich hier und da ein privater polnischer Zeitungsstrateg solch eine ähnliche kriegerischen Entwürfe. Die offizielle polnische Diplomatie ist konservativ geworden, wie alle glücklich Besitzenden es sind. Erhaltung und Sicherung des Friedens mit allen Buchstaben der geltenden Friedensverträge ist ihr Ziel. Konservativer Pazifismus ist hier zugleich Selbstzweck und Mittel zu höherem Streben — eben zur Erlangung der Gunst des amerikanischen Bankkapitals und der so lange heißersehnten großen Dollaranleihe.

Was sich Pilsudski und seine Leute nach Wiedereroberung der Macht durch ihren Maimsturz vom vorigen Jahr an Energieanwendung nach außen hin versagten, verbrauchten sie inzwischen im Kampf gegen die Mehrheit des eigenen Volkes. Diese Mehrheit stand damals im Mai zweifellos auf Seite des alten Revolutionärs und Volksgenerals, der mit seinen Reitern die reaktionären Minister einer Regierung aus Großbauern, Junker- und Großindustrie-Parteien vertrieb. Selbst die polnischen Kommunisten erklärten sich damals überschwänglich für Pilsudski, bis sie unsanft von Moskau aus daran erinnert wurden, daß der Marschall doch noch 1920 gegen Sowjetrußland gekämpft hatte. Aber Pilsudski und seine Offiziere waren nicht über die Weichselbrücke in Warschau eingezogen, um den Arbeitern im Kampf gegen den beschäftigten Raub des Wahlrechts und der sozialpolitischen Gefahr von 1919 zu helfen. Sie sahen von der Mißwirtschaft der Rechts-Parteien nur den kleinen Ausschütt, der das Heer anging, in dem die alten Kämpfer der Legionen zugunsten vornehmerer Generale mit Offizierspatenten aus kaiserlichen Zeiten oder anpassungsfähiger Geschäftemacher verdrängt wurden. „Unparteiliche“ Reinigung von Staat und Heer blieb ihr beschränktes Ziel. Die Massen, die dem „Großväterchen“ Pilsudski zugejubelt und ihm durch Verkehrsstreik gegen die Truppentransporte seiner Gegner den Sieg bereitet hatten, erwarteten viel mehr von ihm. Sie waren enttäuscht, als weder beschleunigte Landaufteilung noch verbesserte Sozialpolitik nach der Machtergreifung des Marschalls sichtbar wurde, als vielmehr Pilsudski zum Zeichen seiner Ueberparteilichkeit und seines Patriotismus Kompromisse mit einem Teil der großen Herren abschloß und die radikalen Forderungen der Linksparteien mit einem deutschen Abstrich von den Erinnerungen seiner revolutionären Vergangenheit beantwortete. Die entschiedenen Rechts-Parteien wurden durch diese Taktik der neuen Regierung zwar zunächst geschwächt. Ihr Kern aber, Männer, die für ihren Kreis das Verdienst um die polnische Staatsgründung und das Monopol der polnischen Staatsführung in Anspruch nahmen, lehnten die Teilung der Macht mit den in den Revolutions-

Der „Hindenburg-Gedanke“

Sorgt über die Wahlarole des Bürgerblocks

Die Deutschnationale Volkspartei Westfalens hielt am Sonntag in Ostfriesland ihren Landesparteitag ab. Im Mittelpunkt stand eine programmatische Rede des Parteiführers, Vizelandes- und Reichstagsabgeordneter Hergt, die als Erklärung des Wahlkampfes betrachtet werden kann. Ausgehend von der Hindenburg-Festrede führte er aus: Wir hatten eigentlich nicht eine solche Volkswirtschaft für die schwarzweiße Platte erwartet. Mit Stolz stellen wir fest, daß eine Einheitsfront hinter Hindenburg steht. Der Hindenburg-Gedanke ist die Synthese des Ueberlebens und Zusammenschweißens alter und neuer Zeit, der Gedanke sachlicher Arbeit ohne Parteiböhrlein, der Gedanke der Einigkeit im Sinne der deutschen Ideale. Der Redner führte dann weiter aus, im Genf seien gewiß manche erfreulichen Momente zu verzeichnen gewesen; doch habe Stresemann in seiner Rede vor der Weltpresse mit Recht die Enttäuschung Deutschlands zum Ausdruck gebracht. Erfreulich sei die Tatsache, daß Stresemann sich hinter den Reichspräsidenten gestellt habe, als er mit seiner Lannenbergrede die Kriegsschuldfrage aufrollte. Die Worte des Reichspräsidenten hätten programmatische Bedeutung, da die ganze Regierung hinter ihm stehe.

Nachdem der Minister dann die innerpolitische Lage beleuchtet hatte, kam er auf die kommenden Wahlen zu sprechen, die auch in der Regierungskoalition bereits ihre Schatten vorauswürfen. Bei verschiedenen Koalitionsparteien sei ein Bestreben vorhanden, sich zu distanzieren, um für die Wahlen Selbstständigkeit zu gewinnen. Die Deutschnationale Volkspartei werde für die Wahlen nur die Tatsachen ihrer ehrlichen (???) Politik und ihrer erfolgreichen Arbeit sprechen lassen

und als Parole den Hindenburg-Gedanken erwähnen.

Das Bestreben einzelner Parteien, die Koalition zu stören, sei eine Schädigung der vaterländischen Interessen und eine Störung des Hindenburggedankens. Sollte dies Bestreben gelingen, so müßte keine Partei allerdings jede Verantwortung ablehnen. Sie habe noch genug Parolen außer dem Hindenburg-Gedanken: das Eintreten für die Reichswehr, für die nationale, soziale und christliche Weltanschauung, für die schwarzweiße Platte.

Reichstagsabgeordneter Prof. Dr. Hoeßlich sprach über die letzte Genfer Tagung, die für uns keinen positiven Erfolg gebracht habe. Die Stellung Deutschlands beim Völkerbund charakterisierte er mit dem Satz: „Es ist eine große internationale Börse, und Deutschland muß dabei sein, um zu sehen, daß die Witten nicht unter pari gehandelt werden.“ Ein Ost-Locarno dürfe unter keinen Umständen herbeigeführt werden. Die großen Ziele seien: Be-

freiung des Rheinlands, Revision der Ostgrenzen und des Danes-Gutachten. An ihrer Verwirklichung müsse die deutsche Rechte beteiligt sein und bleiben.

Eingeleitet wurde der Parteitag mit Ausführungen des sächsischen Wirtschaftsministers Dr. Krug von Nidda. Er betonte die Schwierigkeiten, die die Bunsbedeutigkeit der Regierung und die dadurch bedingten Unterströmungen seiner Amtsführung bereiteten. Diesen entgegenzutreten, sei in erster Linie seine Aufgabe.

Reichstagsabgeordneter Dr. Philipp, Borna, der nach Prof. Dr. Hoeßlich sprach, beleuchtete die Stellung Sachsens im Reich und betonte, daß bei dem Reichsschulgesetz die sächsischen Interessen mehr betont werden müßten.

Die parlamentarische Behandlung des Reichsschulgesetzes

Wie die Tel.-Union mitteilt, wird gegenüber Gerüchten über eine weitere Hinauszögerung des Reichstagsbeginns an zuständiger Stelle erklärt, daß die parlamentarische Behandlung des Reichsschulgesetzes ihren „normalen Lauf“ nehme. Am Mittwoch kommender Woche werden die Reichsratsausschüsse die zweite Lesung vornehmen, so daß das Plenum des Reichstags am Freitagvormittag dazu Stellung nehmen könne. Am Freitagnachmittag oder am Sonnabend werde sich dann das Kabinett mit der Stellungnahme des Reichsrats befassen und entscheiden, ob es den Schulgesetzentwurf in Form einer Doppelvorlage oder in abgeänderter Form mit Rücksicht auf die Vor schläge des Reichsrats dem Reichstag zu leiten wolle. Der Reichstag wird sich dann Anfang übernächster Woche mit der Vorlage befassen können. — Wie weiter mitgeteilt wird, soll die Neufassung des Reichsinnenministers v. Reudell in seiner Dresdener Rede, daß die preussischen Uänderungsverschlüsse zum Schulgesetz unannehmbar seien, nicht zutreffen.

Kabinettsitzung über Genf

10 Berlin, 8. Oktober.

Das Reichskabinett nahm heute vormittag in der Reichskanzlei unter dem Vorsitz des Reichsanzlers den Bericht des Reichsministers des Auswärtigen über die Tagung des Völkerbundes in Genf entgegen und befaßte sich dann mit der Erledigung dringender laufender Angelegenheiten.